

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 749

Mittwoch, 1. März 2022

29. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

|  |                   |
|--|-------------------|
| <a href="#">Rechtsstaatlich? (Teil 1) - Ex-CICIG-Mitarbeiterinnen Santizo und Sosa vor Gericht.....</a>    | <a href="#">1</a> |
| <a href="#">Rechtsstaatlich? (Teil 2) – Zwei ex-Staatsanwältinnen der FECI unter Druck.....</a>            | <a href="#">2</a> |
| <a href="#">Aktueller Stand zur Wahl der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft.....</a>                    | <a href="#">3</a> |
| <a href="#">Gemeinschaften fordern und feiern ihr Recht auf Muttersprache.....</a>                         | <a href="#">5</a> |
| <a href="#">Der Krieg zwischen Russland und Ukraine und die wirtschaftlichen Folgen für Guatemala.....</a> | <a href="#">5</a> |

### Rechtsstaatlich? (Teil 1) - Ex-CICIG-Mitarbeiterinnen Santizo und Sosa vor Gericht

**Guatemala, 24. Februar** - Am 10. Februar wurde die ehemalige Leiterin der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), Leily Santizo, verhaftet. Ebenso wurde ein Haftbefehl gegen Eva Siomara Sosa, die ehemalige Staatsanwältin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), ausgestellt, da der Fall noch nicht abgeschlossen ist. An diesem Donnerstag wurde ihre erste Anhörung zum dritten Mal an- und wieder ausgesetzt, weil Richter Geisler Smaille Pérez nicht vor Gericht erschien.

Die beiden ehemaligen Mitarbeiterinnen der CICIG und der FECI befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft im Gefängnis "Mariscal Zavala", einem Gefängnis für Männer und Frauen, in dem sie mehrfach beteuert haben, dass sie um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten, da mehrere der von ihnen selbst angeklagten Gefangenen dort festgehalten werden.

Die Anhörung war für 8 Uhr morgens angesetzt, wurde aber nach 10 Uhr unterbrochen, weil Richter Geisler Pérez nicht erschien. Angeblich, um einen Arzttermin wahrzunehmen. Die Anhörung wurde auf den 28. Februar vertagt.

Siomara Sosa, ehemalige Staatsanwältin der FECI, brachte ihre Frustration darüber zum Ausdruck, dass der Richter sich wegen seines Gesundheitszustands entschuldigte. Die ehemalige Mitarbeiterin des Parlaments erklärte, sie glaube an die Justiz und habe sich deshalb an dem Tag, an dem sie von dem Haftbefehl gegen sie erfuhr, selbst gestellt: "Ich war 13 Jahre lang Beamtin... und ich erwarte von denen, die sich selbst als Staatsbedienstete bezeichnen, dass sie sich genauso engagieren, wir verdienen dieses Engagement auch von der Justiz", sagte sie.

Sosa fügte hinzu: "Wenn der Richter krank wäre, glauben Sie, dass er um 10 Uhr morgens zum Arzt gehen würde?"

Auf ihre Handschellen weisend erklärte die ehemalige Staatsanwältin, dass diese nicht notwendig seien und ihre Inhaftierung einen Verstoß gegen ihrer Rechte darstelle. "Ist das notwendig? Das ist nicht nötig, ich bin immer vor Gericht erschienen. Ich habe das getan, weil ich mein Recht auf Verteidigung wahrgenommen habe, wovor hat die Staatsanwaltschaft Angst? Vor einer Aufklärung dessen, was ich damals ermittelt habe? Das ist eine Ungerechtigkeit", sagte sie.

Sosa und ihre Anwältin Leily Santizo wurden in einem Fall verhaftet, den die von Rafael Curruchiche geleitete Staatsanwaltschaft als "Kooptation der Justiz und Korruption" bezeichnete, nachdem die Stiftung gegen Terrorismus Anzeige erstattet hatte (*das ist die rechtsextreme Organisation von Ricardo Mendez Ruiz, der in letzter Zeit oft jene (Staats-)Anwält\*innen anzeigt, die gegen die Verbrechen des Staates in der Vergangenheit und die Korruption der Gegenwart vorgehen wollen und es so schafft, diese aus dem Verkehr zu ziehen, d.Red.*). Seit ihrer Verhaftung wurden vier weitere ehemalige Mitarbeiter\*innen der FECI in anderen Fällen verhaftet, darunter am vergangenen Mittwoch Virginia Laparra, Leiterin der Staatsanwaltschaft in Quetzaltenango. Laparra wurde am Dienstag in den Gerichtsturm in der Hauptstadt gebracht, wo sie auf den Richter des siebten Gerichts wartete, damit dieser ihre erste Aussage anhören könne.

Claudia Samayoa von der Einheit für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen (UDEFEQUA), die als Beobachterin an der Anhörung teilnahm, sagte, dies sei eine Strategie, um Menschen im Gefängnis zu halten, obwohl sie nicht einmal strafrechtlich verfolgt werden. "Wenn das schon mit Staatsanwält\*innen passiert, kann man sich vorstellen, was mit normalen Bürger\*innen passiert", sagte sie. Samayoa erwähnte den Fall von Laparra, die immer noch nicht wisse, welches Gericht sie anhören wird, ob es ein Friedensgericht oder das Gericht ist, das ihre Verhaftung angeordnet hat. "Wir haben eine Strategie der Straflosigkeit, denn dann ist man in der Schwebelage, weil weder Friedensrichter\*innen der ersten Instanz noch die Richter\*innen den Fall kennen", sagte sie. (Prensa Comunitaria)

## Rechtsstaatlich? (Teil 2) – Zwei ex-Staatsanwältinnen der FECCI unter Druck

**Guatemala, 22. Februar** - Richter Geisler Smaille Pérez Domínguez, Leiter des Dritten Gerichts, hat das Verfahren gegen zwei ehemalige Staatsanwältinnen der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECCI), Paola Escobar und Alis Moran Mejia, fortgesetzt, die in der vergangenen Woche verhaftet und des mutmasslichen Amtsmissbrauchs gegenüber einer Person beschuldigt wurden, die im Fall der parallelen Kommissionen (d. h. einer Untersuchung zur Manipulation der Parlamentswahlen 2019) angeklagt ist.

Pérez setzte allerdings die erste Anhörung gegen die beiden ex-Staatsanwältinnen erneut aus. Sie müssen im Gefängnis von Mariscal Zavala darauf warten, dass ein Gericht entscheidet, welches Gericht für die Anhörung zuständig sein wird, sagte eine der Verteidigerinnen, Wendy Lopez. López wies darauf hin, dass die Verteidigung den Richter gebeten hatte, den Inhaftierten zu erlauben, bis zu ihrer ersten Anhörung eine Bewährung zu Hause in ihren Wohnungen geniessen zu dürfen, was von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde, die sogar beantragte, die Inhaftierten in die Sicherungsverwahrung in Zone 18 zu verlegen.

Der Richter befindet sich in diesem Fall in einem Interessenkonflikt, da er selbst in dem von der FECCI vorgelegten Fall "Parallele Kommissionen 2020" genannt wurde, der die Aufhebung seiner Immunität beantragt hatte, was vom Obersten Gerichtshof (CSJ) jedoch abgelehnt wurde. Pérez Domínguez verhandelt auch den Fall der ehemaligen CICIG-Präsidentin Leily Santizo und der ehemaligen Staatsanwältin Eva Siomara Sosa, deren erste Anhörung um fast zwei Wochen verschoben wurde (s.o.).

Der Staatsanwaltschaft zufolge sollen Escobar und Morán zusammen mit den ehemaligen Staatsanwälten Rudy Herrera und Willy Racanac eine Person, die im Fall der Parallelen Kommissionen 2020 angeklagt war, dazu gezwungen haben, falsche Tatsachen anzugeben.

Da das Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, durften nur die Verteidiger\*innen, der Staatsanwalt und die Inhaftierten den Gerichtssaal betreten. Claudia Samayoa von der Abteilung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (UDEFEQUA) durfte als unabhängige Beobachterin ebenfalls eintreten.

Letzteres galt auch für den indigenen Anwalt Ramón Cadena. Dieser gab jedoch an, dass Richter Pérez ihn aufgefordert habe, den Gerichtssaal zu verlassen. Cadena wies darauf hin, dass man mit der Zurückstellung der Fälle auf Antrag des Staatsanwalts zum inquisitorischen System zurückkehren und Journalist\*innen und Beobachter\*innen ausserhalb des Gerichtssaals lassen wolle. "Was sie wollen, ist, dass der Prozess wieder geheim abläuft, wie bei der Inquisition, wo die Menschen im Geheimen verurteilt werden... das betrifft die gesamte guatemalteckische Gesellschaft", so der Anwalt. Er wies auch auf den Interessenkonflikt des Richters in diesem Fall hin. "Dieser Richter wird durch den FECCI-Bericht in Frage gestellt, und dennoch verhandelt er den Fall weiter... es gibt einen Interessenkonflikt, also halten sie den Fall unter Vorbehalt, sie entfernen Leute aus dem Gerichtssaal, sie begehen Rechtsbrüche, das kann in diesem Land so nicht weitergehen".

Die Verhaftung von Escobar und Morán kommt zu der Verfolgung anderer ehemaliger Staatsanwält\*innen der FECCI hinzu, von denen einige sogar ins Exil gehen mussten, da sie um ihr Leben fürchteten. So hatte es beispielsweise der ehemalige Staatsanwalt Carlos Videz in einer kürzlich abgegebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, der für so bedeutende Fälle wie <Korruption und Bauwesen> zuständig war. Bekannt geworden ist dabei die Entdeckung von 122 Mio. Q (= 13,647 Mio. €) in einem Haus in Antigua Guatemala, das mit dem ehemaligen Kommunikationsminister, José Luis Benito, in Verbindung stand.

### **CIDH besorgt über Kriminalisierung und gerichtliche Verfolgung**

In diesem Zusammenhang äusserte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) am Dienstag ihre Besorgnis über die jüngste Kriminalisierung und juristische Verfolgung von Justizmitarbeiter\*innen und ehemaligen Mitgliedern der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG).

"Die Kommission erhält weiterhin Informationen über Kriminalisierung, rückhaltlose Strafanzeigen und gerichtliche Verfolgung von im Amt befindlichen oder ehemaligen Richter\*innen und Staatsanwält\*innen als eine Form der Schikane aufgrund ihrer Arbeit bei der Untersuchung oder Verfolgung von kriminellen Strukturen, die mit politischer und wirtschaftlicher Macht verbunden sind, von bedeutsamen Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen während des

bewaffneten Konflikts oder weil sie die Arbeit der CICIG unterstützt haben", so die Kommission in einer Erklärung.

Die CIDH verwies auf die jüngsten Verhaftungen der FECCI-Mitarbeiter\*innen Willy Racanac López und Paola Escobar sowie auf den Haftbefehl gegen die ehemaligen Staatsanwält\*innen Rudy Herrera und Allis Morán Mejía. Alle vier Personen waren seinerzeit an den Ermittlungen im Fall der parallelen Kommissionen beteiligt.

Die Kommission wies auch auf die Verhaftung von Leily Santizo, der ehemaligen Leiterin der CICIG, und Eva Siomara Sosa, der ehemaligen Staatsanwältin der FECCI, hin, die sich in Haft befinden, ohne dass eine erste Anhörung stattgefunden hat. "Sowohl Eva Siomara als auch Leily Santizo haben während des Mandats der CICIG Fälle von grosser Tragweite und Korruptionsbekämpfung geleitet. Die Inhaftierung von Santizo steht auch im Zusammenhang mit deren derzeitigen Tätigkeit als Verteidigerin von Justizangehörigen", so die Kommission.

Schließlich stellte die CIDH fest, dass ihr die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs (CSJ) bekannt ist, die Immunität des Richters Pablo Xitumul aufzuheben und das Vorverfahren gegen Richterin Érika Aifán fortzusetzen.

"Die CIDH ist besorgt darüber, dass diese Ereignisse vor dem Hintergrund schwerer Rückschläge im Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption in Guatemala stattfinden. In diesem Zusammenhang muss der Staat unverzüglich Massnahmen ergreifen, um die Bedeutung der Korruptionsbekämpfung zu bekräftigen", betonte die Kommission.

Als Antwort auf die Erklärung der CIDH betonte die guatemaltekeische Regierung, dass sie keinerlei Justizmitarbeiter\*innen kriminalisiere, sondern im Gegenteil die Gesetze und die Prozessordnungen strikt einhalte. (Prensa Comunitaria)

## Aktueller Stand zur Wahl der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft

**Guatemala, 23. Februar** - Mit der Nominierung von Consuelo Porras, der Leiterin der Staatsanwaltschaft, die sich um die Wiederwahl als Generalstaatsanwältin bewirbt, scheint die Richtung des Prozesses dem von der Regierung von Alejandro Giammattei vorgegebenen Fahrplan zu folgen. Auf der Liste der 26 Kandidaten lassen sich mindestens drei Kategorien unterscheiden. Die derzeitigen Bedingungen im Land begünstigten nicht, dass ehrenwerte Kandidat\*innen ihre Dossiers vorlegen konnten, im Gegensatz zur Wahl 2018, bei der 39 Kandidaten, darunter mehrere Richter\*innen, von der Teilnahme ausgeschlossen waren.

Am Montag wurde die Frage geklärt, ob Consuelo Porras eine Wiederwahl anstreben wird. Am letzten Tag, an dem die Unterlagen spätestens eintreffen mussten, schickte Porras einen Bevollmächtigten, um ihre Papiere einzureichen. Ihre Teilnahme verleiht der Wahl, bei der es nach Meinung von Analyst\*innen darum geht, jemanden zu wählen, der dem Präsidenten Giammattei nahe steht, eine besondere Note.

Im vergangenen Jahr wurde Porras auf die sog. Engel-Liste gesetzt, eine vom US-Aussenministerium erstellte Liste korrupter und undemokratischer Akteur\*innen, weil sie Korruptionsermittlungen behindert habe. Dies führte zu Spekulationen, dass dies ihre Wiederwahl beeinträchtigen würde. Die derzeitige Generalstaatsanwältin ist jedoch eine der stärksten Kandidat\*innen auf der Liste der sechs Kandidat\*innen, die von der Berufungskommission an Präsident Giammattei geschickt werden wird.

Renzo Rosal, ein politischer Analyst, hat mindestens drei Kategorien von Bewerber\*innen für das Amt der Leiter\*in der Generalstaatsanwaltschaft ausgemacht. Die ersten seien die Regierungsnahen, die mit den Gruppen zu tun hätten, die ihren Willen durchsetzen wollen. Die bekanntesten seien die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, der Leiter der Präsidialkommission gegen Korruption, Óscar Dávila, und der Generalstaatsanwalt der Nation, Jorge Luis Donado. Zur zweiten Gruppe gehören diejenigen, die in den Büros der Staatsanwaltschaft arbeiten. Über ihre formale Tätigkeit hinaus sei wenig über sie bekannt. Es handele sich offenbar um eine unabhängige Gruppe, die aber vielleicht mit der ersten Gruppe in Verbindung stehen könne, so Rosal.

Schliesslich gebe es noch eine dritte Gruppe von Kandidat\*innen, die nichts mit den ersten beiden zu tun hätten. Für den Analysten sei diese Wahl insofern fehlerhaft, als die Person, die gewählt werde, die Kontrolle jener Gruppen, die für die Straffreiheit einträten, aufrechterhalten und verstärken wird.

Carmen Rosa de León Escribano, Direktorin des Bildungsinstituts für Nachhaltige Entwicklung (IEPADES), erwähnte, dass Kandidat\*innen wie Porras, Donado und Dávila versuchen würden, eine Liste [*mit Personen ihres Schlages, d.Red.*] zu füllen. Sie bedauerte, dass angesichts des Rückschlags im Justizwesen ehrenwerte Kandidat\*innen nicht teilnehmen wollten. Zwar gebe es einige Personen unter den Kandidat\*innen, die ehrenwerte Leute seien, aber in dieser Liste diene ein grosser Teil von ihnen dem Versuch, für den Fall, dass Porras nicht gewählt werden würde, den Posten an jemanden zu geben, der im Sinne der Exekutive handelt, sagte de León Escribano.

Nach Ansicht von Rosal handelt es sich bei dieser Wahl um einen Prozess, der nicht nur in seiner Form fehlerhaft sei,

sondern auch politisch kompromittiert. Mit Blick auf die Teilnahme von Porras sagte die Direktorin von IEPADES, dass man bedenken müsse, dass die Dekane der Universitätsfakultäten die Mehrheit der Stimmen haben und dass viel von den Universitäten und dem Prestige, das sie bewahren wollen, abhängen wird, falls sie für ein\*e Leiter\*in der MP stimmen wollen, der\*die auf der Liste korrupter und antidemokratischer Akteure der Vereinigten Staaten steht.

### Überprüfung der Bewerberakten

Am 22. Dezember begann die Berufungskommission mit der Prüfung der Dossiers. In dieser Sitzung hat die Kommission beschlossen, dass die Mindestpunktzahl für die Kandidaten 75 Punkte beträgt und nur diejenigen, die mindestens 75 von 100 Punkten erreichen auf dem endgültigen Stimmzettel stehen werden. Dies teilte die Bewegung für Gerechtigkeit (Pro-Justicia) mit, die die Wahl überwacht.

Am ersten Tag wurden 13 Dossiers geprüft und die Kandidat\*innen Francisco Puac, Eduviges Cortez, Koordinator für politische Analysen in den Medien beim Obersten Wahlgerichtshof, Franc Martínez Ruiz, Richter am Zweiten Gericht für Fälle von Femizid, und Darleene Apolonia Monge, stellvertretende Staatsanwältin der Abteilung für Eigentumsdelikte, vorläufig ausgeschlossen, weil sie die Anforderungen nicht erfüllten oder Sanktionen oder Verwarnungen erhielten. Am zweiten Tag wurden die Kandidat\*innen Walter Paulino Jiménez, stellvertretender Richter des Verfassungsgerichts (CC), Nydia Arévalo, ehemalige Direktorin des Instituts für öffentliche Strafverteidigung (IDDP), die ehemalige Berichterstatlerin gegen Folter Silvia Villalta, der ehemalige Abgeordnete Fernando Linares Beltranena (von der rechts-extremen PAN) und Francisco Rolando Durán, Richter der ersten Instanz, ausgeschlossen. Bei Redaktionsschluss befand sich die Kommission noch in der Akteneinsicht. Die amtierende Generalstaatsanwältin Consuelo Maria Porras hat die ersten Runden hingegen bestanden und steht weiterhin auf der Liste.

### Wer sind die Kandidat\*innen?

Dies sind die Profile der 26 Kandidaten (vgl. ausführlich <https://www.movimientoprojusticia.org.gt/images/Archivos%202022/Información%20sobre%2026%20aspirantes%20a%20FG%202022-2026.pdf>, d.Red.) für das Amt des\*der Generalstaatsanwalts\*anwältin, die nach Angaben von Movimiento Pro Justicia zusammengestellt wurden.

1. Mynor Francisco Hernández, stellvertretender Staatsanwalt der Abteilung für Menschenhandel in Cobán, Alta Verapaz.
2. Francisco Javier Puac, praktizierend in San Cristóbal, Totonicapán [ausgeschlossen, 1. Runde].
3. Eduviges Cortez, Koordinator II für politische Analyse der Fachabteilung für Medien- und Meinungsstudien des Obersten Wahlgerichts (TSE) [ausgeschlossen, 1. Runde].
4. Brenda Dery Muñoz, Direktorin der Staatsanwaltschaft des Büros des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH).
5. Henry Elías Wilson, Mitglied I der Berufungskammer für Frauenmorde und Mitglied des Verwaltungsrats des Instituts der Richter\*innen des Berufungsgerichts.
6. Franc Armando Martínez, zweiter Richter der Zweiten Kammer für Femizid und anderer Formen der Gewalt gegen Frauen [ausgeschlossen, 1. Runde].
7. Maynor Eduardo González, Professor an der Universität San Carlos (USAC), Dozent für Strafrecht, Arbeitsrecht, Zivilrecht und Handelsrecht an der Universität Mariano Gálvez.
8. Eliseo Francisco Quiñónez, Staatsanwalt seit 2002.
9. Óscar Dávila Mejicanos, Exekutivdirektor, Präsidialkommission gegen Korruption.
10. Néctor Guilebaldo De León, Vorsitzender Richter des Vierten Berufungsgerichts für Strafsachen, Drogenhandel und Umweltkriminalität.
11. Darleene Apolonia Mejía, stellvertretende Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft für Eigentumsdelikte [ausgeschlossen, 1. Runde].
12. Jorge Luis Donado Vivar, Generalstaatsanwalt der Nation.
13. Walter Brenner Vásquez, Anwalt und Rechtsberater für private und öffentliche Einrichtungen.
14. Walter Paulino Jiménez, stellvertretender Richter des Verfassungsgerichts (CC) [ausgeschlossen, 2. Runde].
15. Nydia Arévalo, ex-Direktorin des Instituts für öffentliche Strafverteidigung (IDDP) [ausgeschlossen, 2. Runde].
16. Silvia Villalta, ex-Berichterstatlerin des Nationalen Büros zur Verhütung von Folter [ausgeschlossen, 2. Runde].
17. Fernando Linares Beltranena, ehemaliger Abgeordneter (PAN) [ausgeschlossen, 2. Runde].
18. Gabriel García Luna, seit 2016 Vorsitzender des Disziplinarrats der Justiz, Mitglied der Gemischten Regionalkammer des Berufungsgerichts Cobán.
19. Miriam Álvarez Illescas, Staatsanwältin, Staatsanwaltschaft für Straftaten gegen das geistige Eigentum.
20. Silvia Patricia Juárez, Stellvertretende Staatsanwältin, Staatsanwaltschaft für Umweltkriminalität.
21. María Consuelo Porras, Generalstaatsanwältin für die Amtszeit 2018-2022.
22. Francisco Durán, Richter für Arbeit und Familie in erster Instanz [ausgeschlossen, 2. Runde].
23. José Enrique Urrutia, Rechtsanwalt, Professor für Recht des geistigen Eigentums der Universität Rafael Landívar.
24. Gloria Suchité, stellvertretende Richterin, war Mitglied u.a. des gemischten regionalen Berufungsgerichts.
25. Sandra Acán, Dozentin im Masterstudiengang Strafrecht an der Hochschule für Postgraduierte der Fakultät für Rechts- und Sozialwissenschaften der USAC.
26. Edward Gómez, Berater für Zivilrecht, Bufete Popular (Prensa Comunitaria).

## Gemeinschaften fordern und feiern ihr Recht auf Muttersprache

**Guatemala, 21. Februar** - Jedes Jahr am 21. Februar ist der Internationale Tag der Muttersprache, der auf der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) am 17. November 1999 ausgerufen wurde, um die Erhaltung und den Schutz aller von den Völkern der Welt verwendeten Sprachen zu fördern. In Guatemala gibt es 22 Maya-Sprachen sowie die Xinka-Sprache, Garifuna und Spanisch. Angehörige der indigenen Völker, die ihre Muttersprache verwenden, sehen sich nach wie vor mit Diskriminierung und Rassismus konfrontiert. Deshalb haben verschiedene Organisationen, Aktivist\*innen und Sprecher\*innen dieser Muttersprachen zum Gedenken an diesen Tag Aktivitäten zur Förderung ihrer Verwendung durchgeführt, auf denen sie bekräftigten, dass das Sprechen ihrer Muttersprache zu einem der historischen Widerstände der Völker geworden ist.

Roberto Coc Caz, Präsident der Q'eqchi'-Sprachgemeinschaft, erklärte, dass die Muttersprache ein Geschenk ihrer "Grosseltern", also ihrer Vorfahren sei und dass dies ein wichtiger Tag sei, da Wissen durch Sprache weitergegeben werde. Zur Sprache Q'eqchi' erklärte Coc Caz, dass zur Förderung ihrer Verwendung das Wissen der Vorfahren und die grammatikalischen Regeln der Sprache erforscht werden und das Zählsystem des Q'eqchi' systematisiert wird. "Wir bringen denjenigen Q'eqchi', die daran interessiert sind, die Sprache zu lernen, das Lesen und Schreiben bei. Es gibt auch Menschen, die daran interessiert sind, die Sprache als Zweitsprache zu lernen. Wir helfen ihnen dabei", sagte er. Er fügte hinzu, dass ihre Vorfahren ihnen beigebracht haben, dass sie durch die Q'eqchi'-Sprache ihre Gefühle und Gedanken ausdrücken können, da die Sprache dazu dient, mit anderen Menschen in Beziehung zu treten. "Mehrere unserer Namen weisen uns nicht mehr als Q'eqchi' aus, obwohl einige noch existieren und eine tiefe Bedeutung haben. Jetzt haben einige Leute damit begonnen, ihre Kinder in Q'eqchi' zu benennen. Aber das ist etwas, das erst noch wiederhergestellt werden muss", sagte er.

Dennoch erwähnte Coc Caz, dass sie immer noch erkennen können, was die Nachnamen der Q'eqchi für ihre Kultur bedeuten, darunter: Che', Ch'ub', Pek, was in der spanischen Übersetzung Baum, Wespe und Stein bedeutet.

### Sie sehen die Sprache als Hindernis

Obwohl Guatemala sehr vielfältig sei und die nationale Gesetzgebung und die Friedensabkommen die Bedeutung ihrer Anerkennung unterstreichen, werden die Menschen beim Gebrauch der Q'eqchi'-Sprache stark diskriminiert, zum Beispiel in der Schule, so Coc Caz. "Sie sagen uns, dass wir uns verbessern können, wenn wir Spanisch lernen, sie blockieren uns, indem sie uns in einer anderen Sprache unterrichten, aber wenn sie uns in unserer eigenen Sprache unterrichten würden, würden wir besser verstehen. Sie diskriminieren uns, indem sie mit uns in einer anderen Sprache sprechen, die nicht unsere ist, und die Religion ist auch gekommen, um uns andere kulturelle Praktiken aufzuzwingen", beklagte er.

Andererseits wies María Jacinta Xon, eine Sozialforscherin der Maya K'iche', während einer Veranstaltung über Muttersprachen in Alta Verapaz, die am Montag vom Komitee für die Entwicklung der Bauern (CODECA) abgehalten wurde, darauf hin, dass die Durchsetzung der spanischen Sprache zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte zu einer staatlichen Politik wurde. "Hier hat man uns gezwungen, die spanische Sprache zu lernen, und in gewisser Weise ist der Widerstand auch eine Antwort auf die uns auferlegte Politik", betonte sie. Xon wies darauf hin, dass es im Laufe der Geschichte immer wieder Momente gegeben habe, in denen die Machthaber behauptet hätten, dass die indigenen Sprachen "weggenommen" werden sollten, weshalb die Programme zur Kastilisierung entstanden seien, mit denen der Gebrauch des Spanischen gegenüber den Kommunikationsformen der ursprünglichen Völker vereinheitlicht werden sollte. "Ich habe zum Beispiel Spanisch gelernt, als ich fünf Jahre alt war, weil ich zur Schule ging. Dabei wurde ich geschlagen, wenn sie mich in K'iche' sprechen hörten", sagte sie.

Für die Forscherin sage der Staat zwar, dass er sich für indigene Völker einsetze. Aber das stimme nicht, weil er sich nicht darum kümmert, den Menschen Lernmöglichkeiten in ihrer Muttersprache oder in anderen Sprachen zu bieten. "Dies ist ein Kampf gegen das System. Wenn man ins Internet geht, ist alles auf Spanisch. Es ist nicht so, dass Spanisch schlecht ist. Es ist ein Kommunikationsmittel, schliesslich sind alle Sprachen Kommunikationsmittel. Dieses System und der Staat aber sagen uns, dass unsere Sprachen schlecht seien. Wir müssen uns selbst davon überzeugen, dass dies nicht der Fall ist, und weiterhin fordern, dass der Staat unsere Sprachen spricht, indem wir zum Beispiel verlangen, dass Richter\*innen, die in unsere Räume kommen, auch unsere Sprache sprechen, und dasselbe im Ministerium, im Rathaus oder in den Gerichten", schloss Xon. (Prensa Comunitaria)

## Der Krieg zwischen Russland und Ukraine und die wirtschaftlichen Folgen für Guatemala

**Guatemala, 24. Februar** - Obwohl der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine Tausende von Kilometern von Guatemala entfernt ist, werden sich die wirtschaftlichen Kollateralschäden, die sich aus diesem Konflikt ergeben, auch auf die Geldbeutel der Guatemalte\*innen auswirken. Das sagt der Wirtschaftswissenschaftler Abelardo Medina Bermejo. Der Analyst betonte, dass die Handelsbeziehungen zwischen den beiden europäischen Ländern und Guatemala nicht besonders eng seien. Aus diesem Grund weist Medina darauf hin, dass die direkten Auswirkungen des Konflikts auf das Land zweitrangig sein werden. Dennoch gebe es Auswirkungen und zwar in den folgenden Punkten:

### **Erhöhung der Kraftstoffpreise**

Wenn die internationalen Treibstofflieferungen reduziert werden, da Russland einer der Hauptproduzenten ist, würde der Preis steigen, was für Guatemala als Nettoimporteur von Treibstoff ein grosses Problem darstellt. Darüber hinaus weist Medina darauf hin, dass die internationalen Produktpreise unter dem Einfluss des erhöhten Transportaufkommens steigen könnten. Er räumt jedoch ein, dass sich die Kraftstoffsituation ändern könnte, wenn die Vereinigten Staaten und die Mitgliedsländer der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) durch eine Erhöhung der Produktmenge auf dem internationalen Markt gegensteuern würden.

### **Steigende Zinssätze**

Als eine Auswirkung, die sich aus einem möglichen Eingreifen anderer Länder in das Problem ergibt, hebt der Wirtschaftswissenschaftler einen möglichen Anstieg der Zinssätze hervor, der sich auf die Zahlung von Auslandsschulden, aber auch auf die Verschuldung von «einfachen» Menschen auswirken würde. "Das muss man abwarten, denn es wird viel davon abhängen, ob andere Länder eingreifen", sagte er.

### **Inflation**

Als Folge der Verschärfung des Konflikts könnte die bestehende Inflation einen weiteren anhaltenden Preisanstieg provozieren, allerdings weist Medina auf eine inflationäre "Stufe" in den ersten Monaten hin und geht dann von einer Stabilisierung der Preise aus. "Aber es wird definitiv Preiserhöhungen geben", sagte er.

### **Wann werden die Auswirkungen in Guatemala sichtbar?**

Die Auswirkungen, insbesondere auf Kraftstoffpreise, könnten sofort eintreten, erklärte der Analyst. Preise reagieren immer auf aktuelle Erwartungen. "Die Importeure von Kraftstoffen, die Produkte nach Guatemala bringen, machen keine Vorhersage über ihren Verkaufswert, sondern stützen sich auf den erwarteten Wert des Preises des Produkts, mit dem sie das, was sie haben, ersetzen werden. Wenn dies von den Importeuren so gehandhabt wird, wird der Effekt relativ schnell eintreten", erklärte er.

### **Der Preis für ein Barrel Öl liegt bei über 100 Dollar**

Nach den Berichten über den Einmarsch Russlands in die Ukraine begann der Preis für ein Barrel (= 159 Liter) Öl stark zu steigen. Am Donnerstag überschritt er zum ersten Mal seit sieben Jahren die Marke von 100 US-Dollar (=88,28 €), nachdem der russische Präsident Wladimir Putin den Beginn einer "Militäroperation" seines Landes in der Ostukraine, in den von Separatisten kontrollierten Regionen Donezk und Lugansk, angekündigt hatte. Nach Angaben der Plattform Bloomberg liegt der Preis für WTI (texanisches Rohöl) um 10:30 Uhr guatemaltekischer Zeit bei 97,69 US-Dollar (= 86,48 €), was einem Anstieg von über 6 Prozent entspricht, und der Preis für Brent (aus der Nordsee gewonnenes Öl) liegt bei 104,17 US-Dollar (= 91,96 €), was einem Anstieg von über 7,5 Prozent entspricht.

### **Anstieg der Preise von Weizen und Mais**

Darüber hinaus beeinflusst der Krieg in der Ukraine die internationalen Weizen- und Maispreise auf den Rohstoffmärkten, da Russland einer der wichtigsten Weizenproduzenten ist. Der Weizenpreis steht aktuell bei 934,75 US-Dollar (= 825,22 €) je Scheffel (= 27,2155 kg), ein Anstieg von 5,65 Prozent. Mais kostete 701 US-Dollar (= 618,86 €) je Scheffel, was einem Anstieg von knapp 3 Prozent entspricht. Wenn der Preisanstieg bei diesen Produkten anhält, werden die Preise für Brot und Tortillas im Inland steigen, da Guatemala ein Nettoimporteur von Weizen und Mais, hauptsächlich aus Mexiko und den USA, ist. (La Hora)

#### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

#### **Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

#### **Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)**

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

#### **Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6